

grüner pfeffer

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt

Dossier: die Lehren aus der Erlenmatt



Foto: Philippe Bovet

Inhalt

Interview mit Florence Brenzikofer	2
Längere Ladenöffnungszeiten	3
Erlenmatt	4-7
Ein Lehrstück?	4-5
Interview mit Klaus Anton	6
Interview mit Anita Lachenmeier	7
Grüne Riehen	8
junges grünes bündnis	9
Neues Raumplanungsgesetz	10
Abzockerinitiative	11
Kommentar: Steuerreform	11
Infomarkt und Varia	12

**Lehren aus der Erlenmatt
Abstimmungen vom 3. März
Interview Florence Brenzikofer**

An der Spitze der Grünen in einem bürgerlich geprägten Umfeld – Interview mit Florence Brenzikofer, Präsidentin der Grünen BL

Im Zeichen einer vertieften Zusammenarbeit, haben wir mit der Ausgabe 03/2012 begonnen, politische Persönlichkeit aus unserem Nachbarkanton zu befragen. Die Reihe wird fortgeführt. Dieses Mal stand uns die Präsidentin der Grünen Basel-Land Red und Antwort.

Für die Kantonsfusion können schlagende Pro-Argumente ins Feld geführt werden. Welche Nachteile bringt sie deiner Ansicht nach?

Im Vorfeld der Abstimmung zur Fusionsinitiative überwiegen die Pro-Argumente deutlich. Mir persönlich ist es wichtig, dass wir die Initiative annehmen und so nach 44 Jahren den heutigen und zukünftigen Generationen die Möglichkeit geben, über die neu ausgearbeitete Verfassung abzustimmen.

Welches sind deine Hauptanliegen, was die Ausarbeitung der neuen Verfassung angeht?

Aus meiner Sicht soll die Zusammensetzung des Verfassungsrates, bestehend aus 60 Mitgliedern in Baselland (und 60 in Basel-Stadt), bezüglich Geographie, Alter und Geschlecht möglichst ausgewogen sein. Ich bin überzeugt, dass wir mit der Annahme der Initiative einen neuen «drive» erleben werden im Kanton, ähnlich wie in den 60er-Jahren bei der Wiedervereinigungsdebatte.

In einer Stellungnahme zum Entlastungsrahmengesetz verortest du die Gründe für die gegenwärtig prekäre Finanzsituation des Kantons Baselland in einer «verfehlten bürgerlichen Politik» der vergangenen zwei Jahrzehnte. Wie möchte die Grüne Partei die finanziellen Missstände längerfristig beheben?

In den letzten 10 bis 20 Jahren sind viele überbeuerte Bauten bewilligt und realisiert worden, so zum Beispiel der Umbau des Kantonsspitals, der Bau des Chienbergtunnels, die H2 oder die Fehlplanung am Bruderholzspital. Die kritischen und ablehnenden Voten der Grünen zu den genannten Projektierungen sind im Parlament immer wieder auf harten Widerstand gestossen.

Wen wünschst du und die Grüne Partei Baselland als Nachfolger von Adrian Ballmer?

Die Mitglieder der Grünen Baselland haben sich Anfang Januar einstimmig für die Unterstützung von Eric Nussbaumer ausgesprochen, das freut mich sehr. Mit Eric Nussbaumer stellt sich eine hochqualifizierte und bekannte Persönlichkeit zur Wahl; eine Person, die unseren Kanton voranbringen und das Regierungsteam stärken kann.

Was bedeutet es für die Grünen Baselland und ihre Politik, dass die FDP auf einen zweiten Sitz verzichtet und die SVP-Kandidatur unterstützt?

Es hat mich überrascht, dass die FDP nach der Rücktrittsverkün-



Florence Brenzikofer, Präsidentin der Grünen BL, mit Einschätzungen zur Lage des Kantons Basellandschaft und der Grünen Partei.

dung von Adrian Ballmer sehr schnell eine eigene Kandidatur ausgeschlossen und die SVP-Kandidatur vorbehaltlos unterstützt hat. Für die Grünen ist es wichtig, dass Eric Nussbaumer den Sitz von Adrian Ballmer erbt, um nach jahrzehntelanger bürgerlicher Politik eine Wende herbeizuführen und damit längerfristig neue Schwerpunkte zu setzen, z.B. im Bereich Gesundheits-, Bildungspolitik oder auch in der Investitions- und Energiepolitik.

Abschliessend eine Frage zur Entwicklung der Grünen Baselland: die Partei hat sich bisher erfreulich entwickelt, was tut ihr zur weiteren Stärkung?

In den letzten Jahren haben wir in verschiedenen Bereichen Fachgruppen gegründet. Diese inhaltliche Arbeit mit unseren «Fachleuten» möchten wir intensivieren. Und natürlich die Zusammenarbeit mit den Grünen Basel-Stadt, wo wir bereits heute in Arbeitsgruppen für die Region wichtige Themen diskutieren.

Die Stärkung der Ortssektionen erachte ich als wichtiges Ziel, mitunter auch die Einbindung kleiner Gemeinden in den bestehenden Ortsgruppierungen.



Die Fragen stellte Christine Beckert Redaktion Grüner Pfeffer

Impressum

grüner pfeffer –
Informationsbulletin der
Grünen Partei Basel Stadt

Herausgeberin:

Grüne Partei Basel-Stadt,
Güterstrasse 83, Postfach 1442,
4001 Basel,
061/383 98 33,
sekretariat@gruene-bs.ch,
www.gruene-bs.ch
PC 40-19338-4

Auflage:

ca. 1000 Stk., erscheint 4-mal jährlich

Abo:

Fr. 25.- (für Mitglieder im
Jahresbeitrag inbegriffen)

Redaktion:

Christine Beckert (beck), Philippe
Bovet (bov), Harald Friedl (hafr),
Martin Stohler (sto)

Druck: Rumzeis, Basel

grüner pfeffer Nr. 01 |
Februar 2013

Nein zu längeren Ladenöffnungszeiten in Basel-Stadt – Kantonale Abstimmung vom 3. März 2013

Am 3. März stimmen wir in Basel-Stadt ein weiteres Mal über verlängerte Öffnungszeiten ab. Wir Grünen lehnen dieses Ansinnen ab und haben an unserer Mitgliederversammlung vom 5. Februar einstimmig die Nein Parole beschlossen.

Alle Jahre wieder..., vielleicht ist Ihnen die erste Strophe des bekannten Weihnachtsliedes auch in den Sinn gekommen, als sie die Abstimmungsunterlagen erhalten haben. In der Tat sind wir immer wieder zu Abstimmungen über die Liberalisierung von Ladenöffnungszeiten eingeladen. Meistens lautete das Resultat gleich – ein deutliches Nein. Die Stimmbevölkerung ist offenbar zufrieden mit den heutigen Einkaufsmöglichkeiten. Fehlt es am späten Feierabend an Milch? Die Quartierläden bieten schon jetzt grosszügige Öffnungszeiten.

Zu Beginn dieser erneuten Debatte über die Ladenöffnungszeiten wollte die Regierung die Sonntagsverkäufe auf eine neue gesetzliche Grundlage stellen. Dies war nötig, weil auf Bundesebene das Arbeitsgesetz geändert wurde, so dass die Kantone maximal vier Verkaufssonntage bezeichnen können. Als Kompromiss zwischen der Forderung der Grossverteiler nach vier verkaufsoffenen Sonntagen und einer Mehrheit der kleineren Geschäfte, die sich mit den gewohnten zwei Verkaufssonntagen im Advent zufrieden erklärten, wurden drei Sonntagsverkäufe pro Jahr vorgeschlagen.

Eine Mehrheit der vorberatenden Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates (WAK) hat dann aber die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten am Samstag bis 20 Uhr ins Spiel gebracht. Das Grüne Bündnis hat diesen Vorschlag von Beginn weg kritisiert und deshalb auch das Referendum mitgetragen. Die Unterschriften für das Referendum waren dann auch sehr schnell gesammelt, über 2400 Unterschriften kamen in nur einer Woche zusammen.

Längere Öffnungszeiten im Verkauf – die Verlierer

Bereits 2005 beschloss der Grosse Rat verlängerte Ladenöffnungszeiten – werktags bis 20 Uhr mit einem Abendverkauf und samstags bis 18 Uhr. Diese Öffnungszeiten werden von den wenigsten Läden in Basel ausgeschöpft. Meist sind es die grossen Detailhändler, die bis 20 Uhr offen haben. Nun wollen sie noch mehr vom Kuchen, der Konkurrenzkampf wird über die Ladenöffnungszeiten ausgetragen. Leid tragende sind in erster Linie VerkäuferInnen und deren Familien sowie kleine Läden.

Der Samstagabend ist wichtig für Freizeit und Familienleben. Zwei Stunden längere Öffnungszeiten tönen nach wenig, aber ein Ladenschluss um 20 Uhr bedeutet in der Regel Feierabend um 21 Uhr. Kleine Fachgeschäfte und die «Quartierlädeli», die zur Individualität einer Stadt beitragen, kommen ebenfalls unter Druck. Familienläden, die von den Ladenöffnungszeiten ausgenommen sind, könnten sich nicht mehr finanzieren, wenn Coop und Migros ebenfalls geöffnet sind. Und kleine Fachgeschäfte müssten entweder mitziehen und ihre Ladenöffnungszeiten ebenfalls erweitern – dies wäre mit einer geringen Umsatzsteigerung verbunden, die zusätzliches Personal nicht finanzieren könnte – oder aber sie verlieren KundInnen an grosse Unternehmen.

Angstmacherei ist fehl am Platz

Es geht um die Gunst des Käufers, denn durch längere Öffnungszeiten gibt es nicht mehr Kaufkraft in der Region. Dass die KonsumentInnen im nahen Ausland einkaufen gehen, hat nichts mit den Öffnungszeiten zu tun, sondern mit dem Euro-Kurs.

Auch die Behauptung, dass über eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten Arbeitsplätze erhalten oder gar geschaffen werden können, stimmt nicht. Im Gegenteil, da die längeren Öffnungszeiten die kleinen Läden bedrohen, sind Arbeitsplätze bei Fachgeschäften gefährdet, die weniger Umsatz und



Rendite pro eingesetztem Angestelltem bzw. Angestellter ausweisen können.

Kein attraktives Lebensmodell

Apropos: In unserem Nachbarkanton Baselland gelten voll liberalisierte Öffnungszeiten, doch die Läden schliessen zu den üblichen Zeiten, ausser in den grossen Shopping-Centern, oft in der Peripherie zur Stadt. Die ausgestorbenen und an Fachhandel verarmten Dorfkerne zeigen das Resultat dieser Politik auf. Rund-um-die-Uhr-Shopping als Event und Freizeitbeschäftigung ist kein attraktives Lebensmodell und bringt keine Qualitätssteigerung. Sinnvoller wäre es, den Fokus auf andere Werte zu richten zum Beispiel auf Zeit mit FreundInnen oder mit der Familie. Der Detailhandel hat dem starken Franken mit schon längst fälligen Preisreduktionen geantwortet bzw. begonnen, den günstigeren Zwischenhandel an den Konsumenten weiterzugeben. Ein Instrument, welches wirklich taugt, um die Standortattraktivität und die Arbeitsplätze im Detailhandel in der Stadt zu erhalten. Wir sind gespannt auf die Vorschläge der Pro Innerstadt.



Harald Friedl
Vizepräsident Grüne
Partei Basel-Stadt

Erlenmatt: eine Lehre für das Dreilandprojekt (Hafenareal)?

Aus dem Vorzeigequartier, das zum Teil im Sinne der 2000-Watt-Gesellschaft hätte gebaut werden müssen, ist nichts geworden. Das Wohnen, das ÖV-Konzept und lokale Einkaufsmöglichkeiten enttäuschen viele.

Man hat anderes erwartet. Die damalige Begleitgruppe hatte qualitative Vorschläge gemacht und sich informiert, indem sie u.a. die zwei Ökoquartiere in Freiburg im Breisgau (Vauban und Rieselfeld) eingehend studiert und besich-

tigt hatte. Der Besuch war für die Teilnehmer wichtig, die Erlenmatt hätte zum Vorzeigequartier werden können. Die Verwaltung und die Investoren sahen es anders. Eine grüne Adresse ist aus der Erlenmatt nicht geworden.

Zu diesem Thema haben wir diverse Texte zusammengestellt. Im Artikel von Antoinette Voellmy ist die Geschichte der Erlenmatt zusammenfasst, Klaus Anton spricht in einem Interview von einem Geheimvertrag und Anita Lachen-

meier, die das Thema lange Zeit mitverfolgt und aktiv begleitet hat, erzählt von ihrer Enttäuschung.

Das Dossier auf den vier folgenden Seiten wurde zusammen gestellt von Philippe Bovet, der auch die Interviews führte und die Fotos vom Areal gemacht hat.



Philippe Bovet
Journalist und
Vorstand
Grüne Basel-Stadt



Erlenmatt – ein Lehrstück?

Was hat man uns nicht alles versprochen, damals vor der Abstimmung zur Zukunft des Erlenmattareals. Nun ist der Umbruch am Laufen und man kann ein erstes Fazit ziehen. Was ist aus den Versprechungen geworden? Antoinette Voellmy, die den ganzen vorbereitenden Prozess in der Begleitgruppe verfolgt hat, nimmt Stellung.

Das frühere DB-Areal war eine Leerstelle im Stadtplan von Basel: Ein geschlossenes Areal. Seit dort 1905 der Güterbahnhof der Deutschen Bahn gebaut wurde, war das Gelände sogar im Bewusstsein der unmittelbaren Nachbarschaft kaum vorhanden. Es handle sich um eine der letzten Landreserven, sagte die damalige Baudirektorin

Barbara Schneider, als sie 1997 mit einer grossen Mitwirkungsveranstaltung «Eine Chance für Basel» die öffentliche Diskussion über die Zukunft des Areals eröffnete. Es folgte eine meiner Meinung nach breite Diskussion um die Zukunft des DB-Areals. Wesentliche Anliegen der Bevölkerung wurden in die Planung aufgenommen: viel Grün, der Erhalt der wertvollen Ruderalflächen, eine grüne Verbindung in die Langen Erlen, Wohnraum, der die Defizite der umliegenden Quartiere ausgleichen sollte. Andere Anliegen wurden nicht aufgenommen, wir sehen jetzt die Folgen: So hatte die Bevölkerungsgruppe eine kleingliedrige Parzellierung gefordert, die verschiedene Eigentumsverhältnisse und dadurch eine gute Durchmischung und eine Verzahn-

ung mit den «alten» Quartieren ermöglichen sollte: neben Mietwohnungen Raum für Genossenschaften, Eigentumswohnungen und neue Wohnformen. Geschaffen wurden stattdessen grosse Baufelder, die in der Zwischenzeit in der Hand von Publica, Bricks und Habitat sind.

Ein Familienareal soll entstehen – die Abstimmung

Der Ratschlag 9299, der 2004 vom Grossen Rat verabschiedet wurde, formuliert ausführlich die Ziele der Stadt für die Arealentwicklung: «Es sei hochwertiger neuer Wohnraum zu schaffen (Wohnungen mit mindestens 4 Zimmern) zur Kompensation des übermässigen Anteils an Kleinwohnungen in den angrenzenden Quartieren», 8 Hektaren

Grün- und Freiflächen, «Aspekte der Nachhaltigkeit seien modellhaft zu berücksichtigen.» Bekanntlich wurde gegen den Ratschlag das Referendum ergriffen, die Gegner sprachen von einem «Ghetto im Kleinbasel», die Abstimmungsunterlagen sprechen dagegen von 700 ruhig gelegenen und grosszügigen Wohnungen, einem zeitgemässen Wohnungsangebot, das insbesondere für Familien ideal sei, das Ganze oberirdisch autofrei. Die Stimmbürger nahmen das Projekt mit 64% Ja-Stimmen an.

Die Entwicklung ist anders

Die Überbauung Erlenmatt wurde als gemeinsames Projekt der Grundeigentümerin, damals Vivico Real Estate GmbH, und der Stadt Basel ins Leben gerufen. Die Übernahme des Geländes durch CA Immo, eine österreichische Firma, schlug keine grossen Wellen. Dass 2010 Bricks, eine im Raum Basel unbekannt Firma, die gesamten noch im Besitz von CA Immo sich befindenden Parzellen kaufte, löste Befremden aus: Weshalb hatte die Stadt nicht zu diesem Zeitpunkt die zukünftigen Allmendflächen und das Areal für das geplante Schulhaus übernommen?

Wie den Medien in den letzten Monaten zu entnehmen war, plant Bricks mit Loosinger/Marazzi auf den Baufeldern E, F und G (auf dem Terrain der alten Lagerhallen und der Hallen der Schmuckmesse, die zurzeit abgerissen werden) Wohnüberbauungen. Im Forum Erlenmatt, wie die langjährige Begleitgruppe jetzt heisst, wurden die Projekte nie vorgestellt. Mit Klaus Anton, auch er Anwohner und langjähriges Mitglied der Begleitgruppe Erlenmatt, habe ich Einsprache gegen die drei Baupublikationen erhoben: Die Baueingaben erfüllen weder die Vorgaben des Ratschlages noch die Versprechen in den Abstimmungsunterlagen. Gebaut werden vor allem 2- und 3-Zimmer-Wohnungen, die 3-Zimmer-Wohnungen sind klein und können aufgrund ihrer Anordnung kaum als Familienwohnungen bezeichnet werden, die sehr vielen (226!) 2-Zimmer-Wohnungen unterscheiden sich nicht von

den Wohnungen, die in den 70er und 80er Jahren in den umliegenden Quartieren als Spekulationsobjekte gebaut wurden. Der Anteil an 4-Zimmer-Wohnungen beträgt ganze 16%. Es ist nicht ersichtlich, wie die Vorgaben bezüglich 2000-Watt-Gesellschaft eingehalten werden, es fehlt die geforderte Grauwassernutzung, der Freiflächenanteil wird nicht eingehalten. Parallel zu unseren Einsprachen hat Urs Müller (Grossrat BastA!) dazu im September eine Interpellation eingereicht.

Die Antwort des Baudepartements, nachzulesen in der Antwort auf die Interpellation, ist lapidar und unbefriedigend: Der Bebauungsplan enthalte keine Angaben zum Wohnungs-Mix, die Zielformulierungen im Ratschlag seien juristisch nicht durchsetzbar. Leider sei es nicht möglich auf Wohnungsgrössen Einfluss zu nehmen, das entscheide die Nachfrage (respektive der Markt). Die Einsprachen wurden bis jetzt nicht beantwortet.

Erlenmatt – ein Lehrstück

1. Es kann nicht sein, dass wir über ein Projekt abstimmen, dessen Inhalte dann von den Behörden juristisch nicht durchgesetzt werden können.

2. Ich denke, dass wir der Mitwirkung der Bevölkerung den grossen Grün- und Freiflächenanteil auf dem Areal verdanken. Die Ziele der Mitwirkung, die Zusagen, die im Verlauf des Prozesses gemacht werden, müssen aber für die nächsten Projekte, ganz konkret heute fürs Hafengebiet, sehr viel verbindlicher sein können, als es für die Erlenmatte der Fall war.

3. Eine Banalität, die man doch ab und zu wiederholen muss: Es ist entscheidend, wem der Boden gehört, und wie die Renditevorstellungen der Besitzer sind. Wenn Boden nach Marktkriterien die Hand wechselt, ist eine partnerschaftliche Planung nicht möglich (Vivico zu CA Immo zu Bricks/Loosinger), wenn eine kurzfristige maximale Rendite angestrebt wird, ist eine nachhaltige Stadtplanung nicht möglich.



4. Die Erlenmatt ist nicht die letzte Landreserve der Stadt: Das Areal des ehemaligen Kinderspitals, das Schorenareal, der Dreispitz und das Hafengebiet in Kleinhüningen haben das öffentliche Interesse am Erlenmattquartier abflauen lassen.

5. Dass die Anliegen, die die Stadt fürs Erlenmattquartier formuliert hat und die der Souverän angenommen hat, nun einfach bedauernd ad acta gelegt werden, finde ich falsch (die Tageswoche titelte schon im April 2012 «Erlenmatt – Abschied vom Familienquartier»). Es ist nicht einzusehen, weshalb die Verwaltung und die Öffentlichkeit nicht mit Nachdruck auf die Einhaltung der einstmalen beschlossenen Ziele pochen: Der Wohnungs-Mix und die energetischen Anforderungen sind einzuhalten, das Quartier soll wie versprochen oberirdisch autofrei sein. Dass das auch wirtschaftlich möglich ist, zeigen die Pläne von Habitat. Was heute gebaut wird, wird die Entwicklung im Rosental und im oberen Matthäusquartier während Jahrzehnten prägen.



Antoinette Voellmy
engagierte Anwohnerin, war von Anfang an dabei

«Wir haben deutlich gesagt, dass wir ein ökologisches Vorzeigequartier wollen» – 6 Fragen an Klaus Anton

Klaus Anton ist seit 1998 Mitglied der Begleitgruppe zum Erlenmattprojekt, das heisst von Anfang an. Der promovierte Chemiker ist auch diplomierter Soziologe mit Interesse u.a. für die Soziologie der Städte. Er kennt sich im Bereich der ökologischen Bauweise aus und hat sein Haus teilweise nach Minergie-ECO-Vorschriften und ökologischen Prinzipien im Kleinbasel saniert.

Warum auf dem Erlenmattareal kein vorbildliches Projekt entstanden?

Wir von der Bevölkerungskommission haben deutlich gesagt, dass wir ein autofreies, ökologisches Vorzeigequartier wollen, das in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft geht. Darin waren wir ganz klar. Ich glaube, dass für das Baudepartement (BD) die damaligen Vorschriften beim Erlentor als ausreichend angesehen wurden und nicht mehr verlangt wurde. Die verschiedenen Bauherren hatten aber bei den bis jetzt eingegangenen Baueingaben kein grosses Interesse daran, wirklich etwas Vorbildliches in Beziehung zur 2000-Watt-Gesellschaft zu generieren. Ich habe auch mit dem Architekten des Erlentores gesprochen, und er hat mir dies deutlich bestätigt.

Der Bauherr hat mehrmals gewechselt. Hätte die Stadt nicht an einem bestimmten Zeitpunkt das Areal kaufen sollen?

Das wäre nach meinen bisherigen Informationen wohl nicht möglich gewesen. Es gibt einen schriftlichen Vertrag, der nicht öffentlich ist. Deshalb kann ich mich hierzu auch nicht äussern. Wenn man diesen Geheimvertrag heute hätte, könnte man viel verstehen von dem, was lief und zurzeit läuft.

Ist die Erlenmatt für Basel also eine verpasste Chance?

Einige Sachen, die man realisiert hat, wie der grosse Park, sind sehr gut. Das Gelände ist zum grössten Teil autofrei, auch wenn ich mit einigen überirdischen Parkplätzen nicht einverstanden bin. Hier ist der



Klaus Anton, langjähriger Begleiter des Erlenmattprojekts, bezieht Stellung.

Kompromiss aber akzeptabel. Weniger gut ist die Energiegewinnung, die Bauweise, der ökologische Aspekt... Ich nenne einige Beispiele:

1. Das Flachdach des bereits gebauten Gebäudes Erlentor hat keine Photovoltaikanlage. Zudem gibt es keine Regenwassersammlung von den Dächern, die hätte man zur Parkbewässerung einsetzen können. Das Gebäude ist auch nicht nach den von der Bevölkerungskommission gewünschten Energiekriterien gebaut worden, der Minergiestandard wird nicht eingehalten. Der Architekt war an diesen Fragen sehr interessiert, der Investor wohl weniger. Das Baudepartement hat für die Einhaltung der bestehenden Energiegesetze gesorgt, jedoch auch nicht mehr verlangt.
2. Die Flachdächer der drei neu beantragten Gebäude, die parallel zum Riehenring geplant sind, sehen keine Photovoltaikanlage vor. Allein die Hälfte der Fläche könnte meiner Meinung nach die Hälfte der Bewohner mit Strom versorgen. Diese Gründe führten u.a. zur Einsprache von Antoinette Voellmy und mir beim Baudepartement, welche noch hängig ist. Einige bei der Verwaltung haben uns gesagt, dass man privaten Investoren und deren Bauherren nicht alles vorschreiben kann. In diesem Punkt bin ich mir nicht so sicher. Fraglich ist auch, warum der Bauherr keine Bauausschrei-

bung gemacht hat, sondern die Architekturbüros direkt beauftragt hat. Bauausschreibungen sorgen normalerweise auch für eine gewisse Vielfalt in der Umsetzung der Bauvorgaben....

Ist eine bestimmte Frustration bei Ihnen und Ihren KollegInnen geblieben?

Was die bereits bestehenden Gebäude und die neuen parallel zum Riehenring geplanten betrifft, bei Antoinette Voellmy und bei mir sicher. Wir waren sehr verwundert, als wir am Ende vor vollendeten Tatsachen standen oder jetzt Baubeglehen eingereicht werden, welche nicht dem Stand der damaligen Verabschiedungen in der Abstimmung von 2005/6 entsprechen. Das erste Gebäude stand bereits, als wir realisieren mussten, dass es nicht das war, was wir uns vorgestellt hatten. Deswegen haben wir jetzt die Pläne der neuen Gebäude gut angeschaut und zwei Einsprachen eingereicht. Dazu gab es bis jetzt noch keine Antwort. Ich vermute, dass die Stadt mit unserer Einsprache noch einiges beim den geplanten neuen Gebäuden parallel zum Riehenring zu verbessern versucht, dann hätte sich unsere beiden Einsprachen auch gelohnt.

Ein Vorzeigequartier war also auf dem Erlenmatt nicht möglich. Aber auch wenn nicht alles vergleichbar ist, war damals das Vorzeigequartier Vauban in Freiburgen schon da, nur 45 Zugminuten nördlich von Basel, das man hätte anschauen können.

Das ist richtig.

Gibt es abgesehen von den drei Gebäuden, die wir erwähnt haben, interessantere Projekte auf der Erlenmatt?

Ja, die Erlenmatt besteht noch aus den Gebäuden parallel zur Autobahn. Die Pläne der Besitzerin Habitat sehen da schon anders aus, eher im Interesse eines zukunftsweisenden Umgangs mit Ökologie und Energie, u.a. weil die bestehenden Strukturen behalten und saniert werden. (bov)

«Wir waren den Investoren ausgeliefert» – Interview mit Anita Lachenmeier

Die grüne Grossrätin und alt Nationalrätin Anita Lachenmeier war von zirka 1997 bis 2008 mit der Erlenmatt beschäftigt. Sie war bei den ersten Werkstadtsprachen, in der Begleitgruppe und im Abstimmungskomitee mit dabei.

Warum ist das gesamte Projekt rund um die Erlenmatt so enttäuschend?

Die Reihenfolge, wie man die Gebäude hätte erstellt müssen, stimmt nicht. Die Idee war, einen Riegel entlang der Autobahn zu bauen und damit den Autobahnlärm zu reduzieren. Der ist nicht gebaut worden. Die Infrastruktur für das Quartier, das heisst die Einkaufsmöglichkeiten sind auch noch nicht vorhanden. Der ÖV ist nicht attraktiv. Das versprochene Schulhaus wird frühestens 2016 gebaut sein, darum haben sich auch nur wenig Familien dort niedergelassen. Auch der Spielplatz ist nicht einladend. Es fehlen z. B. Bänke zum Verweilen.

Das gross Handicap war wirklich, dass das Grundstück einer (deutschen) Firma gehörte und dass der Kanton das Grundstück nicht erwerben wollte, dadurch bekam er keinen Einfluss auf dieser Reihenfolge.

Was hat die Stadt falsch gemacht?

Wir haben mit der Begleitgruppe die zwei Ökoquartiere von Freiburg in Breisgau (Vauban und Rieselfeld) angeschaut und viele qualitative Vorschläge gemacht. Aber der Boden hat nicht der Stadt gehört, wir waren den Investoren ausgeliefert. Mit kleineren Parzellen und Wohneinheiten hätte man dem Quartier mehr Identität schenken können. Nun stehen wir vor einem Schwarzpeter-Spiel, jeder schiebt die Verantwortung der verpassten Chancen den anderen zu.

Wenn du hörst, dass es eventuell einen Geheimvertrag zwischen Stadt und Immobilien-



Die grüne Grossrätin Anita Lachenmeier hat das Erlenmattprojekt jahrelang verfolgt und ist mit dem Resultat nicht zufrieden.

branche gegeben hat, wie reagierst du?

Der Geheimvertrag habe den Grossratsbeschluss relativiert. Wenn das stimmt, dann ist es undemokratisch und intransparent, einfach ein Skandal. Man hat die Politik an die Nase herumgeführt und die Basler Bevölkerung nicht ernst genommen. Die Stadt hat bewiesen, dass sie trotz Grossratsbeschlüssen, nicht fähig war ein qualitatives Projekt durchzuführen. (bov)



Das Erlenmattareal im Umbruch. Wir verfolgen die Entwicklung weiter und versuchen, aus diesem Projekt Lehren für weitere Entwicklungsgebiete zu ziehen. Alle Fotos vom Erlenmattareal im Umbruch von Philippe Bovet.

Grüne Riehen

Grüne Riehen suchen Nachwuchs – und haben viel zu bieten

Die Arbeit der Grünen Riehen trägt Früchte. Letzter Erfolg: Die Baumallee zwischen Eglisee und Bettingerstrasse, welche aus teilweise sehr mächtigen Roteichen besteht, konnte geschützt werden. In den nächsten Jahren wird dieser Strassenabschnitt im Zuge der Gleiserneuerung der BVB totalsaniert. Unter der Strasse liegt ein über 100 Jahre alter Hauptentwässerungskanal der Gemeinde. Oder besser gesagt: unter der Allee.

Insbesondere der Abschnitt zwischen Habermatten und Eglisee war gefährdet: Denn der alte Kanal liegt genau unter den Bäumen. Ausschliesslich aus Gründen des Baumschutzes wird der neue Kanal in die Mitte der Strasse verlegt und die Baumrabatte um 40 cm verbreitert – zu Lasten der Strasse. Dank Intervention der Grünen!

Die Beleuchtung wird ebenfalls ersetzt. Neu wird fast ein Drittel Energie weniger benötigt. An immer mehr Orten wird für die öffentliche Beleuchtung auf moderne LED-Technologie gesetzt. Als Pilotversuch kann der Effekt demnächst am Lachenweg betrachtet werden.

Beide Beispiele zeigen: Politische Arbeit kann zwar zäh sein, aber auch als einzelner Mensch kann man etwas Greifbares erreichen.

Nachwuchs gesucht

Das Jahr 2013 wird ein Wahlkampfjahr werden, da Anfang 2014 Gesamterneuerungswahlen anstehen. Es darf davon ausgegangen werden, dass wir unsere drei Sitze im Einwohnerrat behaupten können. Auch für den Gemeinderat werden wir einen Kandidaten stellen. Ein Mitglied unserer Fraktion denkt laut übers Aufhören nach. Wer sich also aktiv für grüne

Politik engagieren will, kann sich berechnete Hoffnungen machen, dies schnell tun zu können. Denn wir suchen «Nachwuchs» und dies dringend!

Unsere Bitte an Sie, liebe Sympathisanten und Sympathisantinnen: Melden Sie sich bei uns, wenn Sie Interesse haben. Motivieren Sie Bekannte, die Sie für geeignet halten, dass diese sich bei uns melden. Dies natürlich völlig unverbindlich. Es ist auch möglich, kurzfristig an eine Fraktionssitzung zu kommen. Diese findet jeweils am letzten Dienstag vor den Einwohnerratssitzungen statt. Ein Besuch würde uns auf jeden Fall freuen und uns motivieren, weiterhin für unser Grünes Dorf einzustehen.



Andreas Tereh,
Einwohnerrat Riehen
Vorstand Grüne BS

Die Grünen Basel-Stadt suchen

Unterschriftensammlerinnen und Unterschriftensammler

Hast Du gerne Kontakt zu unterschiedlichen Leuten? Willst Du Dich z.B. für die Initiative «ein Basel» (Kantonsfusions-Initiative) engagieren?

Zeitaufwand: So viel Du willst, z.B. 1 bis 2 Mal monatlich.

Interessiert?

Melde Dich auf unserem unter sekretariat@gruene-bs.ch.

Termine zum Unterschriftensammeln der Kantonsfusions-initiative findest Du unter <http://www.einbasel.ch/agenda>.



Auch bei eisigen Temperaturen unterwegs. Das Sammelteam von verschiedenen Organisationen vom 26. Januar auf dem Rümelinsplatz. Foto František Matouš

Wir sind nicht mehr auf dem Holzweg

Kennen Sie Bruno Manser? Sicher kennen sie Bruno Manser: Der Basler, der sich sein Leben lang mit bewundernswerter Konsequenz und Selbstlosigkeit für ein kleines Urvolk, die Penan, mitten im Regenwald von Borneo einsetzte. Der barfuss durch die Wildnis lief, Wildschweine mit dem Blasrohr jagte, sechzig Tage lang vor dem Bundeshaus fastete, Pullover strickte für die Bundesräte. Der am Ende seines Buches dem Baum dankte, der dafür einmal hatte gefällt werden müssen und der mit seiner Art und seinem Engagement so viel bewirken und so viele Menschen erreichen und berühren konnte. Einer, der nicht nur grün redete, sich grün wusch und sich grün gab, solange es sich bequem mit dem Wörtchen «liberal» verbinden liess – Nein, er war einer, der grün handelte, der lebte, wie es ihm sein Gewissen vorschrieb und nicht der Geldbeutel.



Der von Bruno Manser gegründete Fonds (bmf) mit Sitz in Basel kämpft weiterhin für humane Gerechtigkeit und die Erhaltung dieses einmaligen Lebensraumes. Eines der aktuellen Projekte, das auch vom FUPS, dem Förderverein für Büroökologie, unterstützt wird, heisst «Urwaldfreundliche Gemeinden». Die 2730 Schweizer Gemeinden werden aufgefordert, ihr Bau- und Beschaffungswesen urwaldfreundlicher zu gestalten. Konkret heisst das, dass statt Holz aus Raubbau einheimisches Holz oder zumindest Holzprodukte mit dem FSC-Label für umwelt- und sozialverträgliche Produktion verwendet werden sollen. Des Weiteren soll Recyclingpapier mit dem blauen Engel und, wenn hochweisses Papier unumgänglich ist, FSC-Papier benutzt werden. Die Umsetzung der Kriterien muss innerhalb der ersten zwei Jahre nachgewiesen werden.

Urwaldfreundlich ist kein Label, sondern eine Selbsterklärung, wobei die Gemeinden eine gewisse Vorreiterrolle innehaben und mit ihrem nachhaltigen Handeln auch als Vorbild für andere Gemeinden fungieren sollen. Bis heute sind 590 Schweizer Gemeinden urwaldfreundlich, also etwa ein Fünftel der Schweiz.

Im Kanton Baselland sind bereits 49 Prozent der Gemeinden urwaldfreundlich, darunter beispielsweise Arlesheim, Ettingen, Hölstein, Münchenstein und Liestal, im Kanton Basel-Stadt ist einzig Bettingen noch nicht dabei. Das ist nicht wenig, aber es geht noch sehr viel mehr.

Aus diesem Grund haben wir vom jungen grünen bündnis nordwest alle noch nicht urwaldfreundlichen Gemeinden der Nordwestschweiz angeschrieben. Damit wollen wir das in Vergessenheit geratene Thema wieder ins Gespräch bringen denn wir sind überzeugt: Eine urwaldfreundliche Schweiz ist möglich! Bis heute haben von insgesamt 83 angeschriebenen Gemeinden erst zwei reagiert: Oltingen beteuert, dass ihre Verwaltung bereits «grün» genug sei. Böckten hingegen möchte mitmachen. Wir gratulieren Böckten zu dieser Entscheidung und hoffen, dass weitere Gemeinden diesem Beispiel folgen werden.

Nötig wäre es allemal, denn noch immer wird der Regenwald überall auf der Erde, nicht nur in Malaysia, auch in Brasilien oder im afrikanischen Raum, ausgebeutet, nach wie vor werden Urvölker vertrieben und ausgenutzt. Darum braucht es auch heute noch Menschen wie Bruno Manser, die ihre Augen nicht vor unbequemen Wahrheiten verschliessen, die sich nicht scheuen zu handeln. Noch immer braucht es darum Organisationen wie den bmf, die Grünen oder das jgb, die weitermachen, bis es sie nicht mehr braucht, weil grün eine Selbstverständlichkeit geworden ist!



der aktuelle vorstand vom jgb
oben: benjamin, balint, oliver, janine, meret //
unten: eva, sophie, laura, ali

Wir hoffen damit auch, den Leserinnen und Lesern dieses Heftes in Erinnerung gerufen zu haben, sorgsam mit Papier und Holz umzugehen (und vielleicht sogar bei der einen oder anderen Gemeinde nachzudoppeln) – und danken dem Baum, der für dieses (hoffentlich rezyklierte) Heft einst sein Holz hat hergeben müssen.

Sophie Bischoff, junges grünes bündnis
(www.jungesgruenesbuendnis.ch)

Links zum Thema:
www.bmf.ch
www.urwaldfreundliche-gemeinde.ch/de

Nationale Abstimmungen vom 3. März 2013

Ja zur Schweiz – Ja zum Raumplanungsgesetz

Die Zersiedelung schadet der Schweiz. Die Siedlungsfläche in der Schweiz wächst in einem erschreckenden Tempo: Jährlich nimmt sie um 27 Quadratkilometer zu, was der Fläche des Brienzersees entspricht. Das hat nicht nur mit der Zunahme der Bevölkerung zu tun: Das Wachstum der Siedlungsfläche ist in den meisten Kantonen deutlich grösser als das Bevölkerungswachstum.

Zersiedelung schadet

Das fruchtbare Kulturland, die Grundlage unserer landwirtschaftlichen Produktion, nimmt laufend ab: Jahr für Jahr verschwinden 40 Quadratkilometer Landwirtschaftsland, oft fruchtbarste Böden – die Fläche des Bielersees. Damit werden unsere Landschaften durch die Zersiedelung entstellt. Das tut nicht nur unserem Auge weh, es schmälert auch die Attraktivität als Tourismusland, schädigt Lebensräume für Tiere und Pflanzen und entwertet die Naherholungsräume für die Bevölkerung. Die Lebensqualität nimmt ab.

Die Ausdehnung der Siedlungsfläche bürdet aber auch den Gemeinden und Kantonen immer höhere Kosten für Infrastruktur wie Strassen und Leitungen auf. Diese Kosten werden vor allem kommende Generationen zu bezahlen haben, wenn die Erneuerung dieser Milliarden teuren Infrastruktur nötig wird. Die durch Zersiedelung wachsenden Mobilitätsbedürfnisse bringen Strasse und Schiene täglich an den Rand des Verkehrskollapses. Und die sinkende Lebensqualität und die Verkehrsprobleme verringern damit auch die Attraktivität der Schweiz als Wirtschaftsstandort.

Vollzug bisher ungenügend

Das seit 1980 geltende Raumplanungsgesetz hat es nicht geschafft, die Siedlungsentwicklung der Schweiz nachhaltig zu machen. Das Hauptproblem liegt beim mangelhaften Vollzug des Gesetzes. Offene Bestimmungen, fehlende Fristen und Sanktions-



möglichkeiten erleichterten es, das Recht «kreativ» anzuwenden. So darf es nicht mehr weitergehen. Durch die Revision des Raumplanungsgesetzes muss der Vollzug in Zukunft gesichert und die Raumentwicklung der Schweiz auf den Pfad der Nachhaltigkeit geführt werden.

Das revidierte Raumplanungsgesetz (RPG) ist eine stimmige und ausgewogene Antwort auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen der Schweizer Raumplanung. Es sichert die landschaftlichen Werte und damit das touristische Potenzial unseres Landes, aber auch die Lebensqualität in unseren Siedlungen, was einen unschätzbaren Standortvorteil bildet. Es sichert auch die Räume für die Bedürfnisse der Wirtschaft und für die landwirtschaftliche Produktion.

Hauptpunkt der Revision ist die Regelung der Bauzonengrösse. Sie darf nur noch auf den Bedarf von 15 Jahren ausgerichtet sein. Überdimensionierte Bauzonen müssen verkleinert werden und die Ausnutzung der bestehenden Siedlungsflächen somit verbessert werden. Viele Gemeinden haben bisher einfach auf Vorrat Bauzonen ausgeschieden. Das Kulturland hingegen wird verbindlich geschützt.

Die Vorlage ist ein Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative, die von 18 Organisationen wie Pro Natura, Heimatschutz und BioSuisse 2008 eingereicht und zu Gunsten der RPG-Revision 2012 bedingt zurückgezogen wurde. Sie unterstützt diejenigen Kantone und Gemeinden, die das geltende Recht gewis-

senhaft vollziehen, und nimmt diejenigen in die Pflicht, welche in der Zielerreichung Lücken aufweisen. Mit grosser Mehrheit und mit Stimmen aus allen Parteien wurde sie vom Bundesparlament am 15. Juni 2012 beschlossen.

Basel als Vorbild

Für Basel ist die Sache mehr als klar. Einerseits haben die letzten Jahrzehnte, in denen Basel bis vor Kurzem massiv an BewohnerInnen verloren hat, gezeigt, was die Zersiedelung auch für die Zentren heisst. Steuereinnahmen verschwinden aufs Land, die Zentrumsleistungen und -lasten bezahlt weiterhin die Stadt. Basel ist deshalb an einer geordneten Raumplanung interessiert, die nicht immer mehr Anreiz für einen flächigen Siedlungsbreitet.

Die Gegner der Revision – namentlich der Gewerbeverband – versuchen mit ihrer Kampagne Ängste vor überhöhten Mieten zu schüren. Sie behaupten, die neu einzuführende Mehrwertabgabe führe zu Horror-Mieten. Basel kennt diese Abgabe seit 35 Jahren. Auch der Kanton Neuenburg hat sie schon vor Langem eingeführt. In beiden Kantonen gibt es keinerlei Anzeichen für Mietpreis-, Immobilien- oder Bodenpreiserhöhungen. Gerade aus Basel braucht es deshalb ein klares JA zur Revision des Raumplanungsgesetzes.



Mirjam Ballmer
Co-Präsidentin
Grüne Basel-Stadt,
arbeitet bei
Pro Natura

Ein Ja zur Abzocker-Initiative setzt ein klares Signal

Die Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz sprach sich im Januar klar für die Unterstützung der Abzocker-Initiative aus. Diese hat das Ziel, börsenkotierten Unternehmen Schranken zu setzen gegen überhöhte Vergütungen und Boni ihres obersten Kaders.

Zu Recht empört sich die Öffentlichkeit seit Jahren darüber, dass oberste Wirtschaftsführer (Frauen gibt es unter diesen praktisch keine) überhöhte Vergütungen erhalten. Entschädigungen und Boni in mehrstelliger Millionenhöhe stehen in keinem Verhältnis zur erbrachten Leistung und widersprechen jeglichem Gerechtigkeitsgefühl. Sie untergraben den sozialen Zusammenhalt der Schweiz, wettete selbst FDP-Bundesrat Schneider-Ammann.

Mit seiner 2008 eingereichten Initiative hat Thomas Minder erreicht, dass sich das Parlament dem Thema annehmen musste. Dieses erarbeitete einen indirekten Gegenvorschlag, der jetzt vor allem von bürgerlicher Seite als Alternative propagiert wird. Insbesondere Economiesuisse bekämpft die Initiative mit einer verlogenen Kampagne und viel Geld, hat sich aber jahrelang gegen verbindliche

Regeln zur Begrenzung der Managerlöhne gewehrt. Auch den direkten Gegenvorschlag des Ständerats, der eine Bonussteuer ab Salären von 3 Millionen vorsah, hat Economiesuisse zu Fall gebracht. Man kann daran zweifeln, dass die Stärkung der Aktionärsdemokratie, wie sie die Initiative und der Gegenvorschlag vorsehen, die Managerlöhne wirklich begrenzen wird. Weder Initiative noch Gegenvorschlag sehen Höchstbeträge für Entschädigungen vor. Aktionäre wollen eine hohe Rendite, wenn diese stimmt, ist ihnen der Lohn der Manager egal, argumentiert z.B. der Arbeitnehmerdachverband TravailSuisse. Nichtsdestotrotz, wäre die Annahme der Initiative ein Fortschritt. Diese enthält deutlich griffigere Massnahmen als der Gegenvorschlag. Sie verbietet «goldene Fallschirme» und «goldene Hallos», wie sie in den letzten Jahren üblich waren und verlangt verbindliche Abstimmungen über die Saläre der Manager. Der indirekte Gegenvorschlag verlangt zwar auch Abstimmungen über Vergütungen, enthält aber Schlupflöcher, weil in den Statuten festgelegt werden kann, ob diese verbindlich sind oder nicht.

Nur die Initiative setzt deshalb ein



Am 3. März 2013 wird nur über diese Initiative abgestimmt. Wird sie abgelehnt, dann tritt der Gegenvorschlag in Kraft.

Nur wenn ein Referendum innerhalb 100 Tagen zu Stande kommt, wird über den indirekten Gegenvorschlag noch abgestimmt.

klares Signal. Auch gegen ein allfälliges Referendum gegen den Gegenvorschlag, falls die Initiative abgelehnt würde. Ein solches ist aus denselben Kreisen zu befürchten, die jetzt die Initiative bekämpfen.



Jürg Stöcklin
Geschäftsleitung
Grüne Basel-Stadt,
Präsident der
Bürgergemeinde

Kommentar: Ökologische Steuerreform: Ja ... aber welche?

Kein Zweifel, in den nächsten Jahren werden wir Grünen punkto ökologische Steuerreform inhaltlich gefordert sein. So hat der Bundesrat im Zusammenhang mit dem Atomausstieg für 2014 eine entsprechende Vorlage in Aussicht gestellt. Zudem haben die Grünliberalen im vergangenen Dezember ihre eidgenössische Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» eingereicht, die ebenfalls für Diskussionen sorgen wird.

Die Grünen Schweiz haben in einer Stellungnahme der GLP zur erfolgreichen Unterschriftensamm-

lung gratuliert, es dabei aber nicht unterlassen, auf die konzeptuelle Schwäche der GLP-Initiative hinzuweisen: «Das von der GLP vorgeschlagene Steuermodell hat Nachteile: Der blosser Ersatz der Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer macht den Bund abhängig von diesen Einnahmen. Der Grund: Je mehr Energie gespart wird – und das ist das Ziel der Initiative – desto höher muss die Steuer werden, um die Staatskasse nicht zu belasten.» Steuersysteme sind komplexe Gebilde. Wer an ihnen Änderungen vornimmt, muss mit Umsicht

vorgehen. Das Desaster der Unternehmenssteuerreform aus dem Departement Merz hat dies leider mit aller Deutlichkeit gezeigt. Wir Grüne dürfen uns nicht durch Etiketten täuschen lassen, sondern müssen auf den Inhalt schauen. Eine ökologische Steuerreform ist nur nachhaltig, wenn sie auch sozialverträglich ist.



Martin Stohler
Redaktion
Grüner Pfeffer
Vorstand Grüne BS

Infomarkt und Varia

Interna

In eigener Sache

Christine Beckert verstärkt ab sofort wieder das Redaktionsteam des Grünen Pfeffers. Christine war schon von 2007 bis Anfang 2010 in der Redaktion und ist nun zurück. Das Redaktionsteam freut sich auf die erneute Zusammenarbeit. Ein erstes Münsterchen von ihr könnt ihr auf Seite 2 lesen.

Neue Richterin

Michelle Lachenmeier wurde in stiller Wahl zur ordentlichen Richterin am Strafgericht ernannt und ersetzt damit Nora Bertschi, die im Oktober in den Grossen Rat gewählt wurde – wir gratulieren ganz herzlich.

Alle aktuellen Richterinnen und Richter sind auf unserer Webpage unter: <http://www.gruene-bs.ch/?11>

Gesucht

In Basel gibt es immer wieder Gerichtsstellen zu besetzen. Für unseren Personenpool sucht unsere Arbeitsgruppe Justiz interessierte Personen für Richterämter. Ein Jus-Studium ist nicht immer zwingend. Hast du Interesse an einem Richteramt, oder an der Mitarbeit in der **AG-Justiz**? So melde dich auf dem Sekretariat unter: sekretariat@gruene-bs.ch oder Tel. 061 383 98 33.

Interna

Vernehmlassung Richtplan

Die Grünen haben sich in einer Vernehmlassung zum Richtplan Basel-Stadt geäussert. Die Vernehmlassungsantwort findet sich wie gewohnt auf unserer Website unter www.gruene-bs.ch

Parolen

Kantonale Abstimmung vom 3. März 2013:

NEIN zu längeren Ladenöffnungszeiten

Nationale Abstimmungen vom 3. März 2013:

JA zur Abzockerinitiative

JA zum neuen Raumplanungsgesetz

JA zum neuen Familienartikel

Die Parolen zur kantonalen und zu den eidgenössischen Vorlagen wurden an der Mitgliederversammlung der Grünen Partei Basel-Stadt vom 5. Februar gefasst. Beiträge zu bestimmten Abstimmungen findet ihr auf den Seiten 3, 10 und 11.

Termine

Aktion gegen die zweite Gotthardröhre Samstag 9. März 2013, Nachmittag

Wir Grünen werden uns an dieser Aktion beteiligen. Weitere Infos folgen. Der Verein Alpeninitiative sammelt Unterschriften gegen die zweite Gotthardröhre. Unter dem folgenden Link könnt ihr die Petition unterschreiben:
www.alpeninitiative.ch/petition

Wahl- und Legislaturauftrittsfest von Grünem Bündnis und SP

Freitag 22. März 2013, Abend
Schleifferei; Solothurnerstr. 6
(im Gundeli Bahnhofsnähe)

Nach den erfolgreichen Wahlen im letzten Jahr laden wir euch zusammen mit BastA! und der SP zu einem rauschenden Fest ein. Reserviert euch schon mal das Datum. Weitere Infos folgen per Flyer und auf unserer Website.

Alle Infos und Veranstaltungen auf:

www.gruene-bs.ch

Kontaktformular der Grünen Partei Basel-Stadt

- o **Ich will Mitglied werden!** Jahresbeitrag 150.– (Reduktion für Erwerbslose)
- o **Ich interessiere mich für die Grüne Partei!** Bitte nehmt mit mir Kontakt auf
- o **Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer!** Fr. 25.–

Name, Vorname:

Strasse: Plz./Ort:

E-Mail: Tel.:

Einsenden an:
E-Mail:

Grüne Basel-Stadt, Güterstrasse 83, Postfach 1442, 4001 Basel
sekretariat@gruene-bs.ch

Konto:
Website:

PC 40-19338-4
www.gruene-bs.ch

